

Arbeiterbewegung,*) auf dem Wege zum Sozialismus, geboren hat.

Derselben Ursache (die Macht der Gewerkschaften zu brechen) entstammt jenes berühmte Arbeitswilligen-Gesetz 1895, das nach einer noch berühmteren und sehr temperamentvollen Rede in Oynhausen das Licht der Welt nur kurze Zeit erlebte, um vom Sturm des deutschen Arbeiterunwillens hinweggefegt zu werden.

Das Löbtauer Zuchthaus-Urteil ist desselben Geistes voll.

Und mehr als diese verdienen die lauteste Empörung und den leidenschaftlichsten gesetzlichen Widerstand der Arbeiter: **Die neuesten Entscheide deutscher Richter in Punkto-Erpressungsparagrafen!!!** —

Nach diesem § 253 des Strafgesetzbuches macht sich der Erpressung schuldig und wird mit »Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft«, wer, um sich oder einem dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, — einen anderen durch Gewalt oder **Drohung** zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt.

Mit einem Reichsgerichts-Urteil vom 29. November 1900 setzte die Verkoppelung des Erpressungsparagrafen mit dem Koalitionsgesetz ein. Und das hat das kleine Wörtchen **Drohung** im § 153 (dem sogenannten Schutzwall des Koalitionsrechtes) gethan. Der Begriff Drohung hat vom Reichsgerichts folgende Definition (Auslegung) erfahren;

»Auf die Form der Drohung kommt es nicht an; sie kann z. B. die Form eines Rates oder einer **Verwarnung** annehmen und sie ist nicht ausgeschlossen, (die Drohung nämlich) wenn dem Bedrohten schon vorher das Uebel kundgegeben und zu seiner **Abwendung** gezeigt wird.«

Aus diesem verlausulierten Juristendeutsch finden wir uns am besten heraus, wenn wir uns die Gerichtsurteile der neuesten Zeit ansehen, die diese Definition sich zu eigen gemacht haben. Wir werden dann an der Hand der Praxis sehen, dass durch dieses Kautschuknetz **jede gewerkschaftliche Handlung als eine Erpressung gefasst werden kann.**

Fortsetzung folgt.

Verein deutscher Steindruckereibesitzer.

Kreisverein VIII (Berlin-Brandenburg).

Am 21. September fand in Berlin eine Versammlung Berlin-Brandenburger Steindruckerei- und Lithographie-Besitzer statt. Als Vorsitzender wurde Herr Alfred Böhme, Berlin, gewählt.

Herr Generalsekretär Kohler aus Leipzig berichtete, dass der Verein jetzt nahezu 400 Mitglieder zähle, in 8 Kreisvereinen. Mit der Errichtung des Kreises Berlin-Brandenburg werde die Organisation des Vereins deutscher Steindruckereibesitzer zum Abschluss gebracht. Es sei erfreulich, dass auch die Vereinigung Berliner chromolithographischer Anstalten zugesichert habe, in allen gemeinsamen Fragen mit dem Verein Deutscher Steindruckereibesitzer zusammenzugehen zu wollen. Bezüglich der Ziele und Aufgaben des Vereins wies Redner darauf hin, dass es in erster Linie notwendig sei, eine Vertretung des Gesamtgewerbes zu schaffen und zwar sowohl den Behörden, wie den Auftraggebern und auch den Arbeitern gegenüber.

In der sich hier anschließenden Debatte sprachen sich mehrere Redner für die Errichtung des Kreisvereins, besonders in Berlin, aus. Besonders dringend sei eine Regelung der Frage, Abgabe der Originalsteine sowie der Berechnung von Skizzen und Entwürfen. Aber auch die Frage des behördlichen, des privaten sowie geheimen Submissionswesens bedürfe dringend einer Erörterung.

Als Mitglieder des Kreisvorstandes wurden vorgeschlagen: 1. Vorsitzender Friedewald-Berlin; 2. Vorsitzender H. Ebbmeier-Berlin; Beisitzer Kochmann, Georg Löwenstein und Gustav Klein in Berlin; Stellvertreter Franz Ebert, Karl Schmidt, Fr. Rindermann in Berlin, H. Schneider in Forst i. L. und P. Zickow in Frankfurt a. O. Dieselben Herren wurden auch als Abgeordnete zur Hauptversammlung gewählt.

Herr Generalsekretär Kohler erstattete Bericht über die Beschlüsse der Zolltarifkommission bezüglich der Papierzölle und Zölle auf Rohstoffe. Eine kleine Gruppe von Interessenten der Rohstofffabrikation habe es verstanden, in der Zolltarifkommission Zollsätze durchzudrücken, die weit über die von der Regierung in Aussicht genommenen Zölle hinausgingen und bei deren Annahme die gesamte Papierverarbeitungs-Industrie der ausländischen Konkurrenz

*) Die vielleicht später ausführlich behandelt werden soll.

preisgegeben würde. So seien z. B. erhöht worden: Holzschliff von 1 auf 3 Mk., Zellstoff von 1 auf 3 Mk., Pappe von 1 auf 4 Mk., Strohpapier von 1 auf 4 Mk., Packpapier von 3 auf 4 Mk., sonstiges Papier von 6 auf 10 Mk., Buchbinderleinen von 30 auf 60 Mk., Leim von 3 auf 5 Mk., Stärke von 12,50 auf 16 Mk., Stärkegummi von 12,50 auf 18 Mk., Kasein von 0 auf 10 Mk. u. s. w. In den Kreisen der papierverarbeitenden Gewerbe herrsche die Ueberzeugung, dass die Annahme dieser Zölle den Ruin namentlich der chromolithographischen, auf den Export angewiesenen Industrien zur Folge haben müsse, und es sei deshalb dringend notwendig, dass diese Gewerbetreibenden ihre Stimme erheben und dagegen Stellung nehmen; es müssten sämtliche Korporationen der papierverarbeitenden Gewerbe dazu Stellung zu nehmen, um eine Bewegung in Gang zu bringen, welche die notwendige Wirkung auf den Reichstag habe. Der Verein Deutscher Steindruckereibesitzer werde die Frage auf seiner nächsten Hauptversammlung behandeln und auch den zuvor in Aussicht genommenen Kreisversammlungen empfehlen, ein gleiches zu thun. Gleichzeitig sei es aber auch notwendig, zu denjenigen Zöllen Stellung zu nehmen, welche das Ausland auf Drucksachen und Lithographien erhebe. Während das Ausland bei der Einführung in Deutschland gar keinen oder doch nur einen ganz geringen Zoll zu entrichten habe, betragen z. B. die Zölle für 100 kg Ausführung Lithographien etc., je nach

Drucksachen	Ausführung
Belgien 14,50 Mk.	14,50 Mk. bis 50, — M.
Dänemark 37,50 „	37,50 „
Frankreich 32,50 „	65, — „ „ 182,25 „
Italien — „	60,75 „
Mexiko 439, — „	359, — „ „ 439, — „
Oesterreich	
Ungarn — „	12, — „ „ 51, — „
Portugal 4,50 „ bis 39,80 M.	18, — „ „ 453,60 „
Russland 59,50 „	52,85 „ „ 397, — „
Schweden — „	56,25 „ „ 168,75 „
Schweiz 20,25 „	4, — „ „ 20,25 „
Spanien 8, — „ bis 50, — M.	50, — „
Türkei 8 Proz. vom Werte	8 Proz. vom Werte
Ver. Staaten 25 Proz. vom Werte	46, — M. bis 463, — M.

Diese Zölle belasten vornehmlich die Erzeugnisse des chromotypographischen und chromolithographischen Farbendrucks, die Postkarten-Industrie etc. und zwar in einer Weise, dass z. B. auf einen Auftrag für Frankreich, der einschliesslich Papier- und Herstellungskosten 14000 Mk. betrug, 28000 Frank Zoll entfielen. Redner empfahl der Versammlung die Annahme der folgenden Resolution:

Die am 21. September 1902 zu Berlin tagende Versammlung der Besitzer von Steindruckereien und chromolithographischen Anstalten erblickt in den Beschlüssen der Zolltarifkommission des Reichstags, soweit die Erzeugnisse sowie die Roh- und Hilfsstoffe der Papier-Industrie in Frage kommen, eine schwere Schädigung der papierverarbeitenden Industrien, insbesondere der zum grössten Teile auf den Export angewiesenen chromolithographischen Anstalten Deutschlands.

Die Versammlung ist der Ansicht, dass die Annahme der fraglichen Zölle nach den Beschlüssen der Zolltarifkommission den Ruin einer blühenden und hochentwickelten Industrie und damit die Brotlosigkeit vieler Tausende von Arbeitern zur Folge haben würde, und spricht dieserhalb die Hoffnung aus, dass der Reichstag und die verbündeten Regierungen der Vorlage der Zolltarifkommission die Genehmigung versagen werden. Die Versammlung schliesst sich bezüglich der Zölle welche sie für die fraglichen Artikel als angemessen und erträglich erachtet, der Eingabe an, welche die Vereinigung für Zollfragen des Papierfaches unterm 16. September 1901 an den Hohen Bundesrat gerichtet hat.

Gleichzeitig beauftragt die Versammlung den Vorstand, im Hinblick auf die teilweise enorm hohen Zölle, welche das Ausland für Drucksachen und besonders für chromolithographische Arbeiten erhebt, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, dass dieselbe bei Abschluss der Zollverträge mit dem Auslande diese Zollsätze zu beseitigen und im Interesse unserer deutschen Industrie Zollfreiheit für alle diese Arbeiten in allen in Frage kommenden Staaten zu erlangen sucht.

Diese Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Korrespondenzen.

(Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Berlin, Filiale I. Am Sonnabend, den 20. Septbr. fand in Buske's Salon die kombinierte Versammlung der Sektionen der Schleifer und Linoleumdrucker statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäftliches; 2. Die Amtsniederlegung der beiden Kollegen Rose und Aust im Hauptvorstand ev. Neuwahl; 3. Vortrag; 4. Diskussion; 5. Verschiedenes. Kollege Rose eröffnete die gutbesuchte Versammlung um 9 Uhr mit der Bemerkung, dass leider die Linoleumdrucker immer so schwach vertreten sind. Unter Geschäftliches teilte Kollege Rose mit, dass in der Firma W. Böhme eine Geschäftsversammlung stattgefunden habe mit den dort beschäftigten Schleifern, welche beim Oberdrucker vorstellig geworden wegen Lohn-erhöhung, da jetzt keine Ueberstunden mehr gemacht werden dürfen; dieselben wurden jedoch abschlägig beschieden. Die Kollegen wurden sich schlüssig,

sich schriftlich an Herrn Böhme zu wenden, und wenn alsdann eine abschlägige Antwort erfolgt, sollten die Kollegen Rose und Borisch beim Herrn Böhme vorstellig werden. Beides ist geschehen, aber ohne Erfolg. Es wurde Herrn Böhme nahegelegt, dass alles teuer sei und die Kollegen jetzt dieselbe Arbeit in der normalen Arbeitszeit machen müssten wie früher mit Ueberstunden. Herr Böhme erklärte, jetzt keine Zulage geben zu können und verwies die Schleifer auf die Zeit wo eine bessere Konjunktur vorhanden sei wie jetzt. Zu Punkt 2 Die Amtsniederlegung im Hauptvorstand erklärte Kollege Rose, dass er es unter seiner Würde halte, mit Leuten zusammen im Hauptvorstand zu sitzen, welche vor keiner Inkonsequenz zurückschrecken, wenn es heisst seinen eigenen persönlichen Ehrgeiz in den Vordergrund zu stellen und dieses habe der Kollege Tischendörfer in den letzten zwei Hauptvorstandssitzungen bewiesen, indem derselbe den Wunsch der übrigen Vorstandsmitglieder, welcher dahin ging, Kollege Tischendörfer möge der allgemeinen Situation Rechnung tragen und um des lieben Friedens willen sein Amt niederlegen, nicht statgeben, sondern erklärt, er mache vor der Dummheit keine Referenzen. Die Inkonsequenz des Kollegen Tischendörfer sei besonders scharf hervorgetreten in der letzten Sitzung des Hauptvorstandes, wo eine Diskussion und Abstimmung stattfand über die Resolutionen, welche sich mit dem Ausschluss der Kollegen Tischendörfer und Ries befassen. Hierbei erklärten die Kollegen Tischendörfer und Dübelt, sich der Abstimmung zu enthalten. Kollege Dübelt ging soweit, dass er erklärte, die Lithographen haben mit der Resolution garnicht bezwecken wollen, dass Kollege Ries aus dem Ausschuss ausgeschlossen werden sollte und er ziehe die Resolution zurück. Also erst hat Kollege Dübelt die Resolution gestellt, diese wurde von den Lithographen angenommen, in der Gr. Pr. veröffentlicht und nun zurückgezogen. Bei der Abstimmung über den Antrag Berlin I und anderer Zahlstellen, welche ein Schiedsgericht forderten, stimmten die beiden Kollegen Tischendörfer und Dübelt gegen diese Resolutionen und brachten dieselben zu Falle. Kollege Rose bemerkte weiter noch, dass ihm vom Kollegen Tischendörfer eine Karte zugegangen sei, welche forderte, dass Rose seine Erklärung zurücknehme, dieses könne er nicht, da es seine Ueberzeugung sei; mit solchen Leuten sei nichts gedeihliches zu schaffen für die Gesamtheit und nun möge die Kollegen darüber urteilen, ob er recht gehandelt. Hierauf gab Kollege Aust seine Erklärung ab, warum er sein Amt im Hauptvorstand niedergelegt. Aust meinte, er habe schon von Anfang an kein grosses Vertrauen zu Kollege Tischendörfer gehabt und die letzte Vergangenheit habe ihm Recht gegeben. Ein Mann wie T., der heute die schönsten Reden in den Gewerkschaftsversammlungen halte und morgen im christlichen Verein junger Männer gegen die Sozialdemokratie zu Felde ziehe, sich aber selbst vor- dränge, für die nationale Partei Propaganda mache, um dadurch ein Mandat zu erhaschen, sei nicht geeignet für die Gewerkschaftsbewegung im Vordergrund zu stehen; auch zweifle Redner an seiner Ehrlichkeit. Dieses seien die Gründe, wie auch Kollege Rose schon ausführlich klar gelegt, welche auch ihn bewegt haben, sein Amt im Hauptvorstande nieder zu legen, da ein gedeihliches, friedliches Zusammenarbeiten mit T. ausgeschlossen sei. Hierauf brachte Kollege Schäfer folgende Resolution ein:

»Die heutige kombinierte Versammlung beider Sektionen der Schleifer und Linoleumdrucker erklärt sich mit den Ausführungen der Kollegen Rose und Aust betreffend des Austritts aus dem Hauptvorstand einverstanden. Die Versammlung stellt sich voll und ganz auf den Standpunkt der beiden Kollegen, dass die Amtsniederlegung nur im Interesse der Gesamtorganisation geschehen, um sich vor Missverständnissen und falschen Auslegungen der Kollegenschaft Deutschlands zu wahren. Die Versammlung nimmt ferner so lange von einer Neuwahl Abstand, bis Kollege T. seinen Austritt aus dem Hauptvorstand erklärt hat.

Kollege Dübelt, welcher anwesend war, nahm Gelegenheit Kollegen T. in Schutz zu nehmen und legte sich besonders ins Zeug für Tischendörfer. Kollege Dübelt ging bereits so weit anzudeuten, dass durch das schroffe Vorgehen der Steindrucker und sonstiger Berufskollegen in ganz Deutschland gegen T. die Berliner Filiale der Lithographen in Frage gestellt werde. Kollege Borisch verteidigte sich gegen einige scharfe Ausdrücke und warnte vor allzu scharfer Kritik. Des weiteren beteiligten sich an der Diskussion die Kollegen Samulat, Schäfer und Albert Schulz. Letzterer meinte, es müsse nun doch bald allen Kollegen klar sein, dass T. noch der alte T. sei aus der 90er Bewegung und könne er nur das Vorgehen der Hauptvorstandsmitglieder gut heissen und wenn Kollege Dübelt solche Schreckschüsse hier abfeuert, so wollen wir es doch einmal auf die Feuerprobe ankommen lassen und könnten die Kollegen sicher sein, dass auch die alten Kollegen jetzt einmal wieder sich auf den Posten stellen würden, trotzdem sie eine Zeit lang etwas seitwärts gestanden und die Bewegung in Ruhe betrachtet haben. Da die Zeit zu weit vorgeschritten war, wurde der Vortrag des Kollegen Rose über die Arbeiterbewegung in der Schweiz zurückgestellt bis zur nächsten Versammlung. Da das Thema gerade für uns in der Gegenwart sehr viel interessantes bietet, so werden die Kollegen gebeten, in der nächsten

Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. Kollege Ulrich regte noch an, ob es denn nicht angehe, dass die Einladungen zu den Versammlungen einfacher gestaltet werden könnten. Die Verwaltung wird dieses in Erwägung ziehen. E. K.

Berlin I. In der Vertrauensmännerversammlung am Sonntag, den 4. Oktober fehlten unentschuldig die Kollegen Erb, Suffrian, Schütz, Egin, Colosser, Henning, Nickel, Kiebach, Gräbert und Ringel. Die Verwaltung.

Bremen. Die am 28. September in Scharban's Restaurant tagende Monatsversammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die Versammlung schliesst sich dem Antrage Hanau-Frankfurt a. M. an und ersucht den Hauptvorstand, selben stutzzugeben, zugleich erklärt sie, dass sie es missbilligt, dass Kollege Tischendörfer unter den gegebenen Umständen, mit solcher Hartnäckigkeit an seinem Posten im Hauptvorstand festhält. W. K.

Leipzig. Die Firma Müller & Barheine sendet uns folgendes Schreiben. 1. Was die kündigunglose Entlassung von Lithographen betrifft, so handelt es sich hier durchgängig um hiesige Lithographen, welche ausdrücklich zur Aushilfe engagiert waren und finden wir es sehr verständlich, wenn Lithographen, um sich über eine arbeitslose Zeit leichter hinweg helfen zu können, auch einmal eine Stelle zur Aushilfe annehmen. 2. Es sind augenblicklich mit dem Inhaber, welcher selbst Lithograph und von früh bis abends mit thätig ist, 9 Lithographen beschäftigt und seit Ostern 1902 ist diese Zahl niemals geringer gewesen. Verschiedentlich haben wir aber längere Zeit 12-18 Lithographen beschäftigt, durchschnittlich also 12¹/₂ seit Ostern dieses Jahres. Das Verhältnis der Lehrlinge zu den Gehilfen ist 12¹/₂ zu 8, genötigt also wenn zwei Lehrlinge auf den Chef gerechnet werden, allen gesetzlichen Vorschriften. 3. Die drei Gehilfen, welche Ostern wegen Arbeitsmangel entlassen wurden, sind bis auf einen, nach kurzer Zeit wieder eingestellt worden. Der dritte war überhaupt nicht zu gebrauchen, und wir haben schon den Eltern während der Lehrzeit zu verstehen gegeben, den jungen Mann etwas anderes lernen zu lassen. Derselbe hatte übrigens schon ein Jahr wo anders gelernt. Nur auf Bitten der Mutter haben wir damals den Betr. noch weiter lernen lassen. 4. Was die vorgeworfene mangelhafte Ausbildung der Lehrlinge betrifft, so können wir nur erwidern, dass die zwei Lehrlinge welche nächste Ostern auslernen, augenblicklich eine Arbeit, welche ein älterer Lithograph mit Mk. 150 kalkuliert hat, in 10 Arbeitstagen zu unserer und des Kunden Zufriedenheit, vollständig ausgeführt haben. Eine ganze Anzahl Gehilfen könnten wir nennen, welche bei uns thätig waren und lange nicht das leisteten, was unsere Lehrlinge leisteten. 5. Die 5 Lehrlinge hatten wir seiner Zeit deshalb angenommen, damit es uns nicht ging wie früher, wo wir 2 Lehrlinge einstellen wollten dieselben es sich aber kurz vor Ostern anders überlegten und einen andern Beruf ergriffen. Deshalb mussten wir bei diesen 5 Lehrlingen gewärtig sein, dass einige kurz vor Ostern absprangen. 6. Was den Wechsel der Lithographen betrifft, so sind 6 Lithographen schon seit Jahren in unserem Geschäft. Im übrigen haben wir wegen Verursachung und Geschäftsschädigung bereits Klage eingereicht. Es wird uns leicht fallen vor Gericht, den Wahrheitsbeweis für unsere Erklärungen zu bringen.

Achtungsvoll Alb. Müller & Barheine.

Leitelschtein I. S. In der letzten Monatsversammlung der hiesigen Mitgliedschaft hatte man als Punkt 5 auf die Tagesordnung »Die Hanauer Resolution« gesetzt. Eine lang anhaltende Debatte gab es hierüber und wurde schliesslich der von Kollegen Heubach eingebrachte Antrag, der Hanauer Resolution in ihrer Form und Fassung zuzustimmen, mit grosser Mehrheit angenommen. Bei der Umfrage giebt u. a. der Vorsitzende des hiesigen Gesangsvereins »Senefelder«, Kollege Mitschke, bekannt, dass die diesjährige gleichfalls wieder vom betr. Verein arrangierte Senefelderfeier am 9. November im Saale des Restaurants »Pleissenthal«, Leitelschtein, stattfindet. Ferner, dem Wunsche der Organisation, dieselbe hauptsächlich unter organisierten Kollegen zu feiern, soll so viel als möglich entsprechen werden. Die Reichenbacher Zahlstelle wird hierzu extra Einladung erhalten. (Im übrigen sind uns zu dieser Feier alle auswärtigen organisierten Kollegen herzlich willkommen; namentlich aber wollen wir hoffen, dass sich unsere Zahlstelle vollzählig an diesem für uns bedeutungsvollen Feste beteiligt. Der Berichterst.)

Des weiteren wurde noch antragsgemäss beschlossen, den Punkt »Lehrlingsfrage« mit auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Hierauf Schluss der gutbesuchten Versammlung. — Eine kleine Abschiedsfeier zu Ehren des von hier abreisenden Kollegen A. Herold, »Schuster«, hielt die Anwesenden noch lange beisammen. X.

München. Achtung! Lichtdrucker und speziell Retoucheure werden ausgebrochen Differenzen halber in Firma Bruckmann, Verlagsanstalt, im eigenen Interesse ersucht, vor Engagementsabschluss, sich hier zu erkundigen. Die Verwaltung.

Offenbach a. M. Samstag, den 4. Oktober fand im Saalbau die übliche Monatsversammlung statt, in welcher als wichtigster Punkt »Wahl eines Schiedsrichters für den Fall Tischendörfer« auf der Tagesordnung stand. Der Vorsitzende, Kollege Winkelströter gab zunächst bekannt, dass er vom Gau-Ausschuss als Schiedsrichter vorgeschlagen sei.

Sodann erstatteten die Kollegen Zahn und Winkelströter den Kartellbericht. Unter anderem wurde die Abrechnung der Gewerkschafts-Barbieregeschäfte bekannt gegeben sowie dass ein Beitrag von 1 Mark pro Mitglied zur Gewerkschaftsherberge geleistet werden muss, wovon jedoch 30 Mark bereits schon früher bezahlt worden sind. Ein Inserat, in welchem auf die Benutzung der Gewerkschaftsherberge seitens der durchreisenden Kollegen hingewiesen werden soll, wird in der Gr. Pr. mehrmals erscheinen. Um den Besuch der Barbieregeschäfte besonders seitens der jüngeren Kollegen besser zu gestalten, wird beschlossen, unter jeder Einladung einen Hinweis zu besserem Besuch der Barbieregeschäfte zu machen. Darauf giebt der Vorsitzende bekannt, dass die Senefelderfeier zusammen mit dem Senefelderbund Samstag, den 22. November im Saale zum Storch abgehalten wird. A. I.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Vereinigten Staaten und die Entwicklung der Wirtschaftskrisis. — Die Welternte in Getreide. —

Bei den Vereinigten Staaten ruht auch heute noch die Entscheidung über den Weiterverlauf der internationalen Wirtschaftskrisis. Sie haben bisher mit ihrem unvergleichlichen Aufwärtstreben den europäischen Märkten Luft verschafft und allem Anschein nach werden die beiden gegensätzlichen Bewegungen in Europa und Amerika noch weiter nebeneinander herlaufen und sich gegenseitig beeinflussen.

Von den ganz eigenartigen Rückwirkungen dieses Zustandes auf den Eisenmarkt entwerfen englische Fachblätter soeben ein drastisches Bild — sie selber gestehen ein, dass ähnliche widerspruchsvolle internationale Handelsbeziehungen noch niemals dagewesen sind. Einmal wird Amerika, trotz des grossen Streiks der Anthrazitgrubenarbeiter, wahrscheinlich 1902 die grösste bisher gekannte Jahresproduktion an Eisen erreichen. Trotzdem muss Amerika noch stark importieren, während seine Eisenausfuhr nach Europa nunmehr so gut wie ganz aufgehört hat. Weiter wird der europäische Markt noch dadurch entlastet, dass die Union das benachbarte Kanada nicht mehr versorgt und Kanada nunmehr, trotz seiner eigenen protektionistisch aufgepöpelten Eisenindustrie, die europäische Zufuhr stärker in Anspruch nimmt, während es auf der anderen Seite seine Ausfuhr von Neuschottland-Roh-eisen nach England beibehalten hat. Für England ist das Uebergewicht dieser günstigen Faktoren so stark, dass seine Warrants-Bewertungen seit Beginn des Jahres ständig und nicht unbedeutlich steigen. So notierte Scotch G. M. B. im Monatsdurchschnitt:

Januar	49	Shilling	—	Pence
Februar	51	„	10	„
März	52	„	9	„
April	53	„	9	„
Mai	53	„	6	„
Juni	54	„	—	„
Juli	56	„	—	„

Nun wiederholt sich aber zwischen England und dem Kontinent in kleinerem Massstabe dieselbe Erfahrung wie zwischen Amerika und Europa überhaupt: die günstigeren Preise in England haben die Ausfuhr, vor Allem nach Deutschland (direkt oder über Belgien und Holland), unterbunden, weil in Deutschland unter dem Drucke der allgemeinen Krisis viel niedrigere Preise herrschen; umgekehrt strömt preisgedrücktes Eisen aus Deutschland und selbst aus Russland dem vorteilhafteren englischen (und natürlich auch amerikanischen) Märkte zu.

Das war alles um so weniger vorauszusehen, als vor zwei Jahren beträchtliche amerikanische Produktionsüberschüsse nach Europa abgeladen wurden und die Furcht vor der amerikanischen industriellen »Überschwemmung« überall verbreiteten. »In diesem Jahre — schreibt jetzt der Londoner »Economist« — geht ein dauernder Warenstrom in völlig anderer Richtung. Jedes Schiff, das von der Clyde und dem Mersey ausläuft, nimmt so viel Roh-eisen nach den Vereinigten Staaten mit, als er nur führen kann, und ein Dampfer nach dem anderen wird gechartert, um mit voller Ladung von der Tees- und Clydemündung und den Häfen der Westküste nach Baltimore, Philadelphia und ähnlichen Punkten zu reisen.« Auch nach dem Süden, mit dessen Baumwollladungen zuerst Eisen als Ballast nach Europa drang und dessen Produktion durch keine Streiks unterbrochen wurde, gehen europäische Eisen-sendungen.

Doch wie lange noch wird Amerika diese Stütze in der Not bieten? Charakteristisch für den amerikanischen Aufschwung der letzten Jahre ist die ungeheure Beteiligung und Bethätigung der »Finanzmächte an der Katellierung, Verschmelzung und Vertrustung grosser Produktionsunternehmen, und Verkehrsgesellschaften. Von der normalen Entwicklung der Produktion und des Waarenabsatzes ganz abgesehen, sind auf die ange-deutete Weise ungeheure Kapitalien, unter Heranziehung auch der Banken und Börsen von London, Paris und Berlin, in abnorme finanzielle Spekulationen verwickelt worden. Wir Deutschen wissen aus dem Anfang der siebziger Jahre — wo die grossen und mittleren Individualbetriebe massenhaft Hals über Kopf in grössere und grosse Aktiengesellschaften umgewandelt und von den verschiedenen Finanzgruppen an der Börse getrieben wurden — wie solche Spekulations-Kartenhäuser stets doppelt gefährdet sind. Die deutschen Verhältnisse nach 1870

sind jedoch klein und kleinlich gegenüber den Plänen und Leistungen der amerikanischen Grossfinanz. Der Zusammenbruch kann unter Umständen über Nacht kommen; seine Rückwirkung auf Europa würde der Produktion einen letzten Abzugskanal verstopfen und eine neue Konkurrenz schaffen, den Börsen und Finanzmächten jedoch die schwerste Krediterschütterung bringen.

Sehr ruhige und sachkundige Beobachter haben darum in letzter Zeit häufiger Warnungsrufe ertönen lassen. Doch mag das launische Glück den Amerikanern auch länger, als erwartet, treu bleiben. So lauten z. B. die Schätzungen über die Baumwollerte im Augenblick wieder wesentlich günstiger als vor Wochen; für den Wirtschaftsgang der Union ist das immer von Bedeutung und Einfluss gewesen.

Für das kontinentale Europa gilt das in ähnlicher, wenn auch sehr verschieden abgestufter Weise für die Greidernte, über die nunmehr ein genauerer internationaler Ueberblick möglich ist.

Nach der Londoner »Korn Trade List« wäre in Europa die Ernte wesentlich reicher ausgefallen als im Vorjahre. An der Spitze dieser mehrproduzierenden Länder marschiert Deutschland, das 50,75 gegen 34,8 Millionen Hektoliter des Vorjahres an Getreide gewonnen hat. Es folgen Oesterreich-Ungarn mit 80,4 gegen 66 Millionen Hektoliter, Frankreich mit 122 gegen 110 Millionen, Russland mit 156,6 gegen 145, Bulgarien mit 14,5 gegen 11,6, die Türkei mit 14,5 gegen 11,6, Belgien mit 5 gegen 4,4, Dänemark mit 1,15 gegen 0,75 und Griechenland und Holland mit je 2,2 gegen 1,9 Millionen Hektoliter. Dagegen haben Grossbritannien, Spanien, Italien, die im Jahre 1901 entsprechend 20,3 Millionen, 40,5 Millionen und 46,4 Millionen Hektoliter produzierten, geringfügige Ausfälle erlitten; ein sehr erheblicher Rückgang der Getreideproduktion ist aber in Portugal eingetreten, das in diesem Jahre nur 2,2 gegen 17,4 Millionen Hektoliter im Vorjahre gewonnen hat. Für Schweden, Serbien, Rumänien und die Schweiz hat sich, wenn die auf dem Schätzungswege ermittelten Zahlen zutreffen, die Produktion ziemlich auf gleicher Höhe gehalten.

Während somit für die europäischen Getreideländer die Gesamtproduktion auf rund 585,5 Millionen Hektoliter, demnach gegen das Vorjahre eine Produktionssteigerung um 54,6 Millionen Hektoliter angenommen werden kann, dürfte sich nach derselben Quelle, das Ergebnis der übrigen am Getreidebau beteiligten Erdteile ungünstiger als 1901 stellen. Unter den aussereuropäischen Ländern findet sich nur eins, das seine Ausbeute nennenswert gesteigert hat. In Argentinien wird der Ernteertrag auf 29 gegen 20,2 Millionen Hektoliter im Vorjahre berechnet. Alle übrigen Produktionsgebiete sind in ihrem Gewinne entweder konstant geblieben, wie Kanada, Klein-Asien, Egypten, die Kap-Kolonie, Algerien, Persien, Syrien, Mexiko, oder haben, wie in erster Linie die Vereinigten Staaten, Indien und Australien, sehr erhebliche Ausfälle zu beklagen. Die Getreide-Ernte ist in den Vereinigten Staaten von 272,7 auf 238 Millionen, in Indien von 91,4 auf 81,2 Millionen, in Australien von 15,7 auf 11,6 Millionen Hektoliter zurückgegangen. Sonach ergibt sich für die Getreideländer ausserhalb Europas mit einer Gesamtproduktion von 452 Millionen Hektolitern ein Verlust gegen das Vorjahre von rund 34,8 Millionen Hektolitern.

Unter dem wesentlich günstigeren Ausfall der europäischen Getreide-Ernte verschiebt sich aber das Gesamtergebnis der Berechnung dahin, dass 1902 rund 1037 gegen 1015 Millionen Hektoliter, also etwa 22 Millionen Hektoliter mehr Getreide insgesamt gewonnen würden.

Bei Deutschland ist übrigens zu beachten, dass das Vorjahr infolge starker Auswinterung und Nässe ein ungünstiges Erntejahr, besonders für Weizen, war. Auch sonst haben solche internationale Schätzungen ihre Mängel. Immerhin legen sie nahe, dass wir eine Vertenerung des Brotkorns nicht zu befürchten haben.

Soziale Rundschau.

Ueber die Einrichtung von Notstandsarbeiten hielt ein Dr. Hartmann-Barmen in der 22. Jahresversammlung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit, die zur Zeit in Colmar unter Vorsitz des Leipziger Stadtrats Ludwig-Wolf tagt, einen Vortrag. Der Referent führte nach dem Bericht der Frankfurter Zeitung aus, dass die Frage der Notstandsarbeiten im engen Zusammenhang mit der Frage der Arbeitslosigkeit stehe. Es sei Sache der Gemeinden, der Arbeitslosigkeit energisch entgegenzuwirken. Man unterscheide Notstandsarbeiten im engeren Sinn, durch welche der bereits eingetretenen Arbeitslosigkeit abgeholfen werden solle, und Notstandsarbeiten im weiteren Sinne, deren Ausführung an sich im Interesse der Gemeinden liegt, die jedoch mit Rücksicht auf die herrschende Arbeitslosigkeit in einem früheren als dem ursprünglich beabsichtigten Zeitpunkt erledigt werden. Der Lohn müsse bei Notstandsarbeiten ein angemessener sein, damit diese Arbeiten nicht den Charakter einer Armenunterstützung annehmen. Auf der anderen Seite müsse der Lohn niedriger als der ortsübliche Satz sein, da sonst die Gefahr vorliege, dass die Arbeiter ihre gewöhnliche Arbeit verlassen. Die Notstandsarbeiten kommen den Städten meist teuer zu stehen, da es schwer falle, die arbeitssuchenden Elemente fern zu halten. Redner fasst den Inhalt seines Referats

